

Nachdenken über Gender Mainstreaming

Bilanz eines radikalen gesellschaftspolitischen Konzepts zehn Jahre nach der Weltfrauenkonferenz in Peking

I. Was ist Gender Mainstreaming? – Das Konzept

Die UN-Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 ist ein Meilenstein in der Geschichte der internationalen Frauenpolitik und war weltweit Auslöser für zahlreiche staatliche Initiativen für mehr Gleichstellung und Gleichberechtigung der Geschlechter. Die Aktionsplattform von Peking (Beijing Action Platform) verkörpert einen historischen Konsens, der von 189 Staaten unterzeichnet wurde. Sie hält fest, dass:

- Frauenrechte Menschenrechte sind,
- Geschlechtergerechtigkeit ein konstituierendes Element von Demokratie ist und eine Grundvoraussetzung für soziale und ökologisch gerechte Entwicklung darstellt,
- alle Länder sich zu systematischer und staatlicher Frauen- und Geschlechterpolitik verpflichten.

Mit der Pekinger Aktionsplattform wurde die Kategorie Gender erstmals in die internationale Politik eingeführt. Damit wurde anerkannt, dass Geschlechterrollen und -verhältnisse in soziale, politische, ökonomische und kulturelle Kontexte eingebettet sind. Sie variieren innerhalb und zwischen den verschiedenen Gesellschaften erheblich. Noch wichtiger festzuhalten ist jedoch: Geschlechterrollen in ihrer sozialen Bedingtheit unterliegen einem ständigen Wandel und sind veränderbar!

Mit dem Instrument des *Gender Mainstreaming* – als strategischer Ansatz in der Aktionsplattform von Peking verankert – sollen staatliche Institutionen, internationale Organisationen und Unternehmen stereotype Geschlechterrollen im privaten wie im öffentlichen Raum hinterfragen und im emanzipatorischen Sinne verändern. Gender Mainstreaming will explizit auf die Dynamik zwischen den Geschlechtern abzielen. Der Abbau von Ungleichheit und undemokratischen Verhältnissen zwischen den Geschlechtern soll deshalb nicht ausschließlich Frauen- sondern auch Männersache und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein.

„Regierungen und andere Akteure sollten eine aktive und sichtbare Politik der konsequenten Einbeziehung einer geschlechterbezogenen Perspektive in alle Politiken und Programme fördern, damit die Auswirkungen von Entscheidungen auf Frauen bzw. Männer analysiert werden, bevor entsprechende Entscheidungen getroffen werden (*“Governments and other actors should promote an active and visible policy of mainstreaming a gender perspective in all policies and programmes so that, before decisions are taken, an analysis is made of the effects on women and men, respectively (UN 1995, para 202).*

In Konsequenz bedeutet dies: Der Mythos der Geschlechterneutralität politischer und unternehmerischer Maßnahmen und Entscheidungen hat keinen Platz mehr! Kein Sektor – von der Finanz- und Steuerpolitik, über die Außen- und Sicherheitspolitik, bis hin zur Ar-

beitsmarkt-, Sozial- oder Verkehrspolitik darf demnach ausgeklammert werden. Gender Mainstreaming ernst zu nehmen bedeutet: Reflexion und Analyse der Auswirkungen auf die Geschlechterverhältnisse müssen politischem, organisatorischem und unternehmerischem Handeln vorausgehen und auf mehr Geschlechtergerechtigkeit zielen. Zudem müssen alle gesellschaftlichen Strukturen, die Ungleichheit und stereotype Leitbilder für die Geschlechter (re)produzieren umgestaltet werden.

Gender Mainstreaming ist ein radikales Konzept, das Geschlechterverhältnisse verändern könnte, weil es potentiell alle Akteure und Akteurinnen in einem politischen Feld, einem Unternehmen, einer Organisation in die Pflicht nimmt.

10 Jahre nach Peking stellen sich jedoch zahlreiche Fragen:

- Wie wurde dieses Konzept der Pekinger Aktionsplattform umgesetzt?
- War es realistisch und angemessen, Gender Mainstreaming zum zentralen Vehikel eines umfassenden geschlechterpolitischen Transformationsanspruchs zu machen?
- Wie können die Potenziale von Gender Mainstreaming genutzt werden?
- Wo sind die Grenzen dieses Konzepts zu sehen?

II. Herausforderungen und Grenzen institutioneller Politik

Politisches Gestalten vermittelt sich notwendigerweise über Institutionen. Insofern stand die **Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterpolitik** immer im Zentrum politischer Forderungen der internationalen Frauenbewegungen: Angefangen vom Kampf um das Wahlrecht und die volle Anerkennung des Bürgerschaftsstatus bis hin zur Anerkennung von Frauenrechten als Menschenrechten wurden nationale Gesetzgebung und internationale Abkommen erstritten und die politischen Akteure und Bürokratien zu deren Umsetzung verpflichtet.

Frauen Netzwerke und -organisationen setzen auch bei Gender Mainstreaming stark auf staatliche Institutionen und Organisationen. Die Aktionsplattform unterstützt dies mit der Forderung an die Regierungen, die erforderlichen institutionellen, finanziellen und personellen Ressourcen zur Umsetzung des Konzeptes bereitzustellen.

Transformatorischer Anspruch und institutioneller Ansatz

Die Aktionsplattform von Peking bietet eine wichtige Berufungsgrundlage für das Einfordern geschlechtergerechter Politiken auf allen Ebenen politischen und gesellschaftlichen Handelns. Die wichtigste Handlungsebene bleibt jedoch die der Nationalstaaten. Regierungen und ihre Institutionen selbst sollen Vorreiterrollen bei der Umsetzung übernehmen.

Das Konzept von Gender Mainstreaming setzt de facto funktionierende und in gewissem Maß dem Allgemeinwohl verpflichtete Institutionen voraus. Dies widerspricht der Wirklichkeit in der Mehrheit der Länder, die die Plattform von Peking unterschrieben haben.

Die institutionellen Voraussetzungen und Adressaten von Gender Mainstreaming auf der nationalstaatlichen Ebene sind in den Industrie- und Entwicklungsländern grundverschieden. Die Wirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten von Gender Mainstreaming finden in höchst verschiedenen nationalen und lokalen Zusammenhängen und Traditionsbeständen statt.

Für eine Bilanz der Reichweite des Konzepts und Instruments Gender Mainstreaming sind deshalb zunächst die unterschiedlichen Rahmenbedingungen institutionellen Handelns zu analysieren. Dies kann hier nur in grober Skizze erfolgen.

Bei aller Verschiedenheit politischer Systeme lassen sich jedoch strukturelle Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Grenzen und Potenziale des Instruments Gender Mainstreaming erkennen.

Institutionen und (nicht) demokratische Verfasstheit politischer Systeme

In vielen Entwicklungsländern und vormaligen sozialistischen Ländern fehlen (immer noch) die minimalsten Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung, freie Wahlen, freie Meinungsäußerung, parlamentarische und zivilgesellschaftliche Teilhabe und Kontrolle. Institutionen – erst Recht in zerfallenden oder zerfallenen Staaten – sind vielerorts schwach, von klientelen Macht- und Interessensgruppen dominiert und unfähig, zentrale öffentliche Dienstleistungen (Bildung, Gesundheit, Infrastruktur) bereitzustellen.

Hier stößt eine ausschließlich institutionell ausgerichtete Gleichstellungspolitik via Instrument Gender Mainstreaming massiv an ihre politischen Grenzen. Dort, wo es keine frauen- und genderpolitischen Organisationen gibt (geben darf) oder ihre politischen Artikulationsräume stark beschnitten sind, gibt es mit dem Mittel Gender Mainstreaming gar nichts auszurichten.

Verstöße gegen die Zusagen der Regierungen zur Aktionsplattform von Peking werden im Rahmen des weichen Völkerrechts durch die UNO nicht sanktioniert. Hinzu kommt: Die UNO selbst steckt seit den 90er Jahren in einer tiefen Legitimationskrise, hat an Durchsetzungskraft und Wirkung – selbst auf normativem Terrain – verloren.

Kann Gender Mainstreaming demgegenüber ein Vehikel beim Aufbau demokratischer Strukturen und funktionierender Institutionen sein? Ob in Südafrika oder Kenia, in Mexiko oder Brasilien: hier haben frauenpolitische Organisationen, die jeweiligen politischen Fenster genutzt und Gender Mainstreaming eingefordert. In demokratischen Aufbruchs- und Transitionsphasen hängt jedoch vieles davon ab, wie gut genderpolitische Themen gesellschaftlich organisiert sind.

Gender Wissen in Institutionen

In den entwickelten Ländern des Nordens trifft Gender Mainstreaming auf funktionierende Institutionen und Verwaltungen. Es kann an eine viel längere an Gleichheits- und Gerechtigkeitsprinzipien orientierte Tradition in der Gesetzgebung und ihrer administrativen Umsetzung anknüpfen. Im Vertrag von Amsterdam (1997) verpflichten sich die EU-Mitgliedsstaaten darauf, „Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern“. In Deutschland ist das Konzept Gender Mainstreaming in einem Kabinettsbeschluss vom Juni 1999 verankert worden, in dem sich die Bundesregierung verpflichtet, die Gleichstellung von Männern und Frauen zum durchgängigen Leitprinzip und zur Querschnittsaufgabe ihres Handelns zu machen.

Doch auch hier sind kritische Fragen zu stellen. Allen voran diejenige, mit welchem Verständnis von Geschlechterrollen staatliche Institutionen und Verwaltungen eigentlich arbeiten. Immer wieder ist in den Umsetzungskonzepten von Gender Mainstreaming die Rede davon, Interessen und Bedürfnisse von Männern und Frauen zu berücksichtigen und sie in politische Entscheidungsprozesse einzubringen.

- Von welchen Frauen und Männern reden wir aber? Was sind deren Bedürfnisse?

- Wer artikuliert sie wo und mit wieviel Verhandlungsmacht?
- Was ist frauengerecht? - Teilzeitarbeit, damit die Familie davon profitiert?
- Was ist männergerecht? - Die Zementierung ihrer Rolle als Familienernährer?

Die Definitionen und Interpretationen von Gender als Kategorie und Gender Mainstreaming als Strategie, Methode und Instrument sind breit gestreut. Die Begründungen für Gender Mainstreaming bewegen sich zwischen Effizienz-Argumentationen (zum Beispiel im Zuge von Verwaltungsmodernisierung) und Zielen wie bürgerrechtlicher (citizenship) Geschlechtergleichheit oder – anspruchsvoller – gesamtgesellschaftlicher Geschlechtergerechtigkeit und Geschlechterdemokratie. In den Zwischenräumen findet viel verbale Landnahme statt: Empowerment und Engendering, ehemals zentrale Ziele der Frauenbewegungen, gehören längst zum Vokabular z. B. der Weltbank und meinen dort nur mehr die Überlebensfähigkeit der Marginalisierten und das auf sie gerichtete Instrumentarium.

Die Variationsbreite der Begründungen verweist darauf, dass Gender Mainstreaming vielfältigen politischen wie bürokratischen Instrumentalisierungen und Missbräuchen „ausgeliefert“ ist.

III. Erfahrungen mit Gender Mainstreaming

Die mit Gender Mainstreaming gemachten Erfahrungen sind weltweit von bemerkenswert großer Übereinstimmung. Vielfach aufgearbeitet bezeugen sie nicht wenig **Enttäuschungen**. Die afrikanische Soziologin Sara H. Longwe hat dafür das schöne, in vielen Analysen aufgegriffene und bestätigte Bild von dem patriarchalen Kochtopf gefunden, in dem Geschlechterpolitiken verdampfen.¹

- Allenthalben wird eine systematische Kluft zwischen erklärter Politik und der tatsächlichen Implementierung festgestellt: In politischen und öffentlichen Diskussionen und Entscheidungsprozessen zeigt sich, dass die Auswirkungen politischen Handelns auf Geschlechterverhältnisse noch immer ein Randthema sind. Weder in den sogenannten Strukturanpassungspolitiken des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, noch beim gegenwärtigen Umbau der Sozialsysteme und des Arbeitsmarktes in der Bundesrepublik und Europa ist die Methode des Gender Mainstreaming oder das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit präsent. Diese Praxis entspricht dem Mainstream, ist Business as usual. Von Gender Mainstreaming als Querschnittsaufgabe gibt es keine Spur. Dies gilt – bei allen Unterschieden – in Nord, Süd, Ost und West.
- Unter Berufung auf Gender Mainstreaming geht die Förderung von emanzipationsorientierten Frauenorganisationen, -projekten und -programmen alarmierend zurück. Frauenorganisationen werden zu sozialen Unternehmen umgeformt, die ihren Finanziers mehr Rechenschaft schulden als ihrer Basis und im Dienst neokonservativer und marktradikaler Regierungen nur mehr ein zur Marktkategorie mutiertes Empowerment à la Weltbank verfolgen können. Generell und immer gegenwärtig ist die Einbindung in einen Diskurs, der nicht in Konzepte von Selbstentfaltung und sozialer Gerechtigkeit eingebettet ist, sondern geprägt ist von politischen und ökonomischen Fundamentalismen.

¹ Longwe, Sara H. (1997). The evaporation of gender policies in the patriarchal cooking pot. In: Development and Patronage, Oxfam.

- Die verbleibenden Frauen- und Genderabteilungen in den OECD-Ländern sind mit finanziellen und politischen Ressourcen unterausgestattet, obwohl sie nach wie vor die wesentlichen Motoren für Gender Mainstreaming sind.
- Gender Mainstreaming auf organisatorischer Ebene verpflichtet zuvörderst die Leitung (Top-Down) der Institutionen zu gleichstellungspolitischem Engagement. Was Gender Mainstreaming im Innenleben von Institutionen (nicht) in Bewegung bringt, fällt nun in einen Handlungsbereich, in dem die Regeln der Vertraulichkeit gelten, dessen Verfahrensweisen hierarchisch strukturiert sind und dessen Betriebskultur männerbündisch geprägt ist. Gender Mainstreaming findet mithin auf einem wenig geschlechtersensiblen Terrain statt. Gerade von hier sollen jedoch geschlechtergerechte Impulse ausgehen.
- Die in zahlreichen Jahren erarbeiteten Kriterienkataloge, Handbücher und Check-Listen für einzelne Ministerien, Abteilungen und thematische Sektoren verweisen darauf, wie sehr der Prozess häufig einen technokratischen Charakter hat. Gender Mainstreaming ist vielerorts nicht einmal inner-institutionell geschweige denn darüber hinaus bekannt. Vorhandenes gesellschaftliches Gender Wissen wird nicht systematisch erfasst und umfassend integriert.

Wo der politische Wille existiert und wo bereits an funktionierende institutionelle Gleichstellungspolitik angeknüpft werden konnte, sind in vielen Ländern aber auch einige **Gewinne** aufzuweisen:

- Gender Mainstreaming in Organisationen setzt den erklärten politischen Willen und die Bereitstellung von personellen und finanziellen Ressourcen durch die Führung voraus (Top-Down Ansatz). Dies schafft gute Voraussetzungen für institutionelles Lernen und Veränderungen.
- Mit der Anerkennung der Geschlechterdimensionen auf administrativer Ebene können sich neue Sichtweisen eröffnen. Gesellschaftlich vorhandenes Gender Wissen und Praxisformen privater Lebenswelten können nun einen Ort im Verwaltungshandeln finden.
- Die männlich geprägte Dominanzkultur in Organisationen kann in Frage gestellt werden zugunsten einer geschlechterdemokratischeren Sichtweise.
- Selbst wenn Impuls und Dynamik zu geschlechterpolitischen Veränderungen nach wie vor weitgehend von Frauen ausgehen, bietet Gender Mainstreaming Männern Raum, die eigene Geschlechterrolle sichtbar zu machen und aktiv in eigener Sache zu werden - nicht nur als Unterstützer oder Verhinderer frauenpolitischer Ziele.
- Es eröffnen sich leichter neue Bündnisse und Koalitionen: zwischen Frauen und Männern, AktivistInnen und AkademikerInnen, in Institutionen tätigen und zivilgesellschaftlich organisierten Frauen und Männern.
- Neue Instrumente wie Gender Analyse und Gender Budgets tragen zu neuen gesellschaftspolitischen Erkenntnissen über die Geschlechterfolgen von Politik bei und schaffen so innovative Wissensbestände für Politik und Verwaltung.
- Geschlechterdifferenzierte Datenerhebung, die neben Geschlecht weitere soziale Dimensionen wie z. B. Alter, Klasse, Religion, Einkommen, Behinderung einbezieht – bis heute ein großes Manko – liefert Grundlagen für zielgerichtetere Entscheidungen. Empowerment-Ansätze für Frauen (und Männer) erhalten eine empirische Fundierung.
- Schließlich bildet sich ein Arbeitsmarktsegment (Gender Fachstellen, Gender Training, Coaching, Moderation, Organisationsentwicklung, geschlechterdifferenzierte Er-

hebungen, Evaluierungen etc.) für Genderkompetenz heraus, dessen fachlich fundierte Existenz selber zur Anerkennung des Themenbereichs beiträgt.

IV. Strategische Entmischung

Trotz aller (punktuellen) Erfolge und Fortschritte: Enttäuschungen und erfahrene Grenzen von Gender Mainstreaming überwiegen. Diese Enttäuschungen werden allerdings vor dem Hintergrund hoher Ansprüche formuliert. Dies sollte zum Anlass genommen werden, den Anspruchshorizont noch einmal zu überprüfen.

Die Ziele der internationalen Frauenpolitik, die in der Aktionsplattform von Peking festgeschrieben wurden, sind sehr hoch gesteckt. Gender Mainstreaming hat „Gender“ bzw. Geschlechterverhältnisse als zutiefst soziale Kategorie verankert. Geschlechtergerechtigkeit ist Aufgabe für alle Politikfelder. Zur Erreichung von Geschlechtergerechtigkeit ist eine massive Umverteilung von Macht und Ressourcen zwingend erforderlich.

Die beinahe ausschließliche Ausrichtung von Gender Mainstreaming auf Institutionen und methodisch-instrumentelle Verfahren, negiert jedoch, dass Geschlechterordnungen, Machtstrukturen und Identitätsentwürfe in keiner Gesellschaft innerhalb kurzer Zeit verändert werden können.

Institutionen, dort, wo sie funktionieren, können auch von oben nach unten Lernprozesse und emanzipatorische Ziele und Projekte befördern. Wie Gender Wissen in politische Konzepte und Entscheidungen sowie institutionelle Prozesse einfließen kann, hängt jedoch wesentlich vom Grad der (nicht-)demokratischen Verfasstheit von Gesellschaften und der Organisationsstärke und Verhandlungsmacht geschlechterdemokratischer Akteurinnen und Akteuren ab. Dazu gehört auch, dass Geschlechtergerechtigkeit als gesamtgesellschaftliche Herausforderung und deren Erreichung als wesentlicher Teil der Umsetzung von Demokratie begriffen wird.

Die Grenzen und realistischen Potenziale institutioneller Politik müssen klarer als bislang analysiert werden. Gender Mainstreaming als Instrument in Institutionen kann Verhandlungsraum sozialer und politischer Akteure mit unterschiedlichen Interessen und Perspektiven sein. Nicht der Größe der Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit sollte dabei das Augenmerk gelten, sondern der Frage, mit welchem politischen Kraftaufwand welche Teilstrecke von Geschlechtergerechtigkeit erreicht wird.

Was die **institutionelle Entfaltung des Instruments Gender Mainstreaming** betrifft, so sind einige Richtungshinweise vielleicht heute schon möglich:

1. An der durchgehenden, geschlechtersensiblen Analyse und Reflexion aller administrativen Handlungsebenen ist festzuhalten. Genderspezifische Förderungen und entsprechende institutionelle Ressourcen müssen bereitgehalten werden.
2. Gender Mainstreaming ist bislang nur selten mit Mechanismen der Rechenschaftslegung ausgestattet. Innerhalb der Institutionen fehlen verbindliche, sanktionsbewehrte Verbindungen zu Personalentwicklung und Laufbahngestaltung, nach außen mangelt es an einem Berichtswesen, das der Überprüfung standhält. Damit sind Kernelemente und Voraussetzungen demokratischer Gestaltung, wie Transparenz und öffentliche Beratung, schwerwiegend behindert oder in Frage gestellt. Gelegentliche Evaluierungen, die bestenfalls Resultate, selten Prozesse erfassen, sind kein Ersatz.
3. Gender Mainstreaming sollte explizit als Institutionalisierung frauenpolitischer Forderungen verstanden werden, die gleichermaßen für Frauen und Männer emanzipatorische Ziele im Sinne einer Befreiung von traditionellen Geschlechterrollen verfolgt. Dadurch könnte Gender Mainstreaming zumindest zum Teil gegen die Vereinnahmung

als ökonomische Effizienzstrategie im Sinne des derzeit vorherrschenden neoliberalen Paradigmas verteidigt werden.

4. Mit Gender Mainstreaming als ausschließlich institutionellem Prozess hat sich der Handlungsrahmen und der Fokus von frauen- und geschlechterpolitischen Organisationen stark gewandelt. Im Unterschied zu der Politik sozialer Bewegungen mit ihrer Basismobilisierung, ihrem Druck von 'der Straße', ihrer Öffentlichkeit und ihren an die Basis rückgekoppelten Aushandlungsprozessen ist nun der Modus von Politikbeeinflussung ein radikal anderer. Hier haben meist nur noch hochspezialisierte Organisationen und Berufsgruppen, die sich rund um das Arbeitsmarktsegment „Genderkompetenz“ gebildet haben, Chancen gehört zu werden.
5. Der Blick wäre also auf das Interaktionsfeld von geschlechterpolitischen Akteuren und Akteurinnen inner- und außerhalb von Institutionen zu richten. Hier müssen Brücken schlagende Partizipationsformen gefunden und ihre Budgetierung eingefordert werden, die ihrerseits die tradierten Arbeits- und Sichtweisen von Institutionen ein Stück weit porös machen. Gender Beiräte, Runde Tische oder sektorbezogene Netzwerke könnten geeignete Partizipationsformen sein. Das hat seitens der AkteurInnen die Bereitschaft und die Fähigkeit zu einem Dialog zur Voraussetzung, der die jeweiligen Diskurs- und Handlungslogiken nicht fundamental in Frage stellt, sondern akzeptiert und aushält. In solcher Perspektive stehen der Top-Down-Ansatz von Gender Mainstreaming und die Basismobilisierung in zivilgesellschaftlichen Organisationen wie auch die unterschiedlichen politischen Anspruchshorizonte nicht zwingend im Widerspruch, sondern sind Ausdruck der jeweiligen Austragungsorte von politischem Engagement.

Bei aller maximalen Aufladung von Gender Mainstreaming für emanzipatorische, frauen- und genderpolitische Anliegen stellt sich jedoch ernsthaft die Frage, ob es wirklich angemessen ist, die befreiende Überwindung von vielerorts autoritärer, neokonservativer und marktradikaler Politik, patriarchal geprägten Institutionen und hegemonialer Maskulinität von diesem einen Instrument in seiner institutionellen Ausrichtung zu erwarten.

In der Diskussion um die Zukunft des Konzepts und Instruments Gender Mainstreaming geht es nicht um ein Entweder-Oder von Gender Mainstreaming, sondern um eine strategisch-orientierte Nutzung und Mischung institutioneller und gesellschaftspolitischer Prozesse.

Auch die Aktionsplattform von Peking hat Gender Mainstreaming nicht zum Allheilmittel zur Erreichung all ihrer Ziele gemacht. Als komplementäre Strategie zu anderen kann Gender Mainstreaming durchaus Wirkung entfalten.

Wie alle grundlegenden gesellschaftspolitischen Veränderungen muss Geschlechtergerechtigkeit gesellschaftlich erstritten und erkämpft werden.

Im Rahmen von Peking+10 finden weltweit Diskussionen zur Ortsbestimmung von Frauenpolitik und Feminismus statt. Der Kongress „Femme Globale – Geschlechterperspektiven im 21. Jahrhundert“ ist einer von mehreren Orten, wo zentrale politische Handlungsfelder und Zukunftsaufgaben wie globale Bio- und Wissenspolitik, Sicherheits- und Friedenspolitik, Arbeitsmarkt- und globale Wirtschafts- und Finanzpolitik diskutiert werden. Die Repolitisierung gender- und frauenpolitischer Netzwerke kann und muss konkret und entlang von Themen stattfinden.

Den Fundus vorhandenen Gender Wissens öffentlich sichtbar machen und Strategien zu diskutieren, wie dieses Wissen den politischen Mainstream herausfordern und beeinflussen kann, ist bei allen Divergenzen in der frauenpolitischen, feministischen und genderpolitischen „Arena“ das Gebot der Stunde.

Mit der Fortentwicklung von frauenpolitischen zu geschlechterpolitischen Zielsetzungen sind Frauen wie Männer angesprochen, sich als geschlechterdemokratische AkteurInnen und WegbereiterInnen von Geschlechtergerechtigkeit zu engagieren. Es wird herauszufinden sein in welchen Formen und zu welchen Themen tragfähige Bündnisse, bei allen inner- und zwischengesellschaftlichen Hierarchien, Unterschieden und Interessenswidersprüchen nicht nur zwischen den Geschlechtern sondern auch zwischen Frauen, möglich sind.

Heinrich Böll Stiftung, Barbara Unmüßig, Vorstand

Für die Mitarbeit und wesentliche Impulse und Anregungen danken wir ganz besonders Prof. Dr. Claudia von Braunmühl und Judith Strohm.

Für die Beratung und konstruktive Kritik bei der Erstellung des Textes danken wir: Ulrike Allroggen, Kerstin Ahrens, Henning von Barga, Dr. Mechthild Bereswill, Angelika Blickhäuser, Dr. Regina Frey, Carolin Gebel, Gitti Hentschel, Prof. Dr. Stephan Hoeyng, Ralf Lange, Eduardo Liendro, Dr. Claudia Neusüß, Antonie Nord, Dr. Ralf Puchert, Dr. Birte Rodenberg, Teresa Rodriguez, Dr. Matthias Rudlof, Liane Schalatek, Ingrid Spiller, Willi Walter.

Diese Bilanz wurde erstellt mit der finanziellen Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.